

BERLINER REPUBLIK DOKUMENTATION

Reformen für Arbeit und Gerechtigkeit

Für eine Politik der sozialen und wirtschaftlichen
Erneuerung Deutschlands

„Besinnt Euch auf Eure eigene Kraft und darauf, dass jede Zeit
ihre eigenen Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat,
wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Willy Brandt

SABINE BÄTZING > DR. HANS-PETER BARTELS > SÖREN BARTOL > UTE BERG >
KURT BODEWIG > HANS MARTIN BURY > MARTIN DÖRMANN > SEBASTIAN EDATHY >
SIEGMUND EHRMANN > GABRIELE FRECHEN > KERSTIN GRIESE >
MICHAEL HARTMANN > NINA HAUER > HUBERTUS HEIL > ULRICH KELBER >
ASTRID KLUG > NICOLETTE KRESSL > CHRISTIAN LANGE > CAREN MARKS >
GESINE MULTHAUPT > DR. CAROLA REIMANN > ANTON SCHAAF > CARSTEN SCHNEIDER >
KARSTEN SCHÖNFELD > SWEN SCHULZ > DR. MARTIN SCHWANHOLZ > ROLF STÖCKEL >
ANDREAS WEIGEL > DR. RAINER WEND > ANDREA WICKLEIN

Reformen für Arbeit und Gerechtigkeit

Für eine Politik der sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands

- I. **Unser Ziel: Wohlstand und soziale Gerechtigkeit dauerhaft sichern**
- II. **Unsere Antwort auf die soziale und wirtschaftliche Lage:
Konsequente Reformen für mehr Beschäftigung und soziale Sicherheit**
- III. **Unser Reformkonzept: Wachstumskräfte stärken – Neue Beschäftigungszugänge
eröffnen – Sozialsysteme erneuern**
 1. Finanzpolitik an Wachstum und Nachhaltigkeit ausrichten
 2. Arbeitsmarkt reformieren - Mittelstand stärken
 3. Sozialsysteme dauerhaft stabilisieren – Lohnnebenkosten senken
 4. Bildungsoffensive initiieren – Frauen den Zugang zum Erwerbsleben erleichtern –
Chancengleichheit gewährleisten
- IV. **Unsere Perspektive:
Sozialdemokratische Reformpolitik schafft neues Vertrauen**

Berlin, März 2003

Netzwerk Berlin, Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, Jakob-Kaiser-Haus 4.524, 11011 Berlin
Tel. 030/227-72530, E-Mail: netzwerk.berlin@bundestag.de

I. UNSER ZIEL: WOHLSTAND UND SOZIALE GERECHTIGKEIT DAUERHAFT SICHERN

In den vergangenen Jahren haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihr konkretes politisches Handeln nicht immer deutlich genug in den Kontext ihrer übergeordneten Ziele gestellt. Dabei haben die großen Kernanliegen der Sozialdemokratie nichts von ihrer Aktualität und Dringlichkeit verloren: Wir wollen allen Menschen Wohlstand ermöglichen, soziale Gerechtigkeit und wachsende Lebenschancen ermöglichen sowie die Bedingungen für Gleichberechtigung, Autonomie, Selbstverantwortung und gesellschaftliche Teilhabe schaffen.

Diese Ziele zu erreichen ist keine Selbstverständlichkeit und gelingt nicht von alleine. Denn wir stehen einem ebenso raschen wie radikalen Wandel der sozialen, ökonomischen, technischen und demographischen Rahmenbedingungen gegenüber – mit enormen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme.

Die Umbrüche unserer Zeit, die alle Lebensbereiche erfassen, stellen uns stets aufs Neue vor die schwierige Frage, ob sich unsere Ziele noch mit den traditionellen Mitteln erreichen lassen. Keineswegs überall ist heute noch soziale Gerechtigkeit drin, wo soziale Gerechtigkeit draufsteht. Und durchaus nicht immer sind die lautesten Trommler für den Erhalt bestehender sozial- und wirtschaftspolitischer Instrumente und Regelungen die besten Anwälte derjenigen Menschen in unserer Gesellschaft, die der zielgerichteten und solidarischen Unterstützung und Förderung tatsächlich am meisten bedürfen. Gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können hierüber nicht einfach hinwegsehen.

Im Interesse von Arbeit und qualitativem Wachstum als den notwendigen Bedingungen für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit müssen wir genau unterscheiden: Was ist *heute*

sozial gerecht – und was nicht mehr? Was schafft *heute* bestmögliche Lebenschancen für eine größtmögliche Zahl von Menschen – und was nicht mehr? Worin liegen *heute* die Bedingungen für Wachstum und gesellschaftlichen Zusammenhalt – und worin nicht mehr? Was sichert die Generationengerechtigkeit? Und welche Reformen müssen wir *heute* betreiben, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch unsere Kinder und Enkel in den kommenden Jahrzehnten gut und sicher leben können?

Bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen kann und darf es uns nicht in erster Linie darum gehen, die sozialen Sicherungssysteme und andere Regelwerke unbesehen und um jeden Preis so zu erhalten, wie wir sie kennen. Institutionen und Verfahren sind immer nur die *Mittel* zur Ermöglichung bestimmter Zwecke. Werte an sich sind sie nicht. Ihr praktischer Nutzen bemisst sich an ihrer Eignung und Fähigkeit, die angestrebten Ziele tatsächlich zu verwirklichen. Wir dürfen deshalb niemals im strukturkonservativen Bewahren verharren.

Unbestreitbar hängt die dauerhafte Legitimität und damit das Funktionieren jedes sozialstaatlichen Arrangements von dessen Akzeptanz in der Bevölkerung ab, besonders auch in den breiten Mittelschichten der Gesellschaft. Wir müssen jedoch feststellen, dass bereits viele ihr Vertrauen in die derzeitigen sozialstaatlichen Mechanismen verloren haben. Dieser Vertrauensverlust hat angesichts der demographischen Entwicklung und des vorhandenen Reformbedarfes einen realen Hintergrund. Deshalb gilt: *Weil* wir Wohlstand für alle Bevölkerungsgruppen ermöglichen und soziale Gerechtigkeit sichern und ausbauen wollen, müssen wir heute entschlossen für wirtschafts- und sozialpolitische Reformen kämpfen. >>

II. UNSERE ANTWORT AUF DIE SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE: KONSEQUENTE REFORMEN FÜR MEHR BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE SICHERHEIT

Am Tag der Bundestagswahl 1998 haben uns unsere Wählerinnen und Wähler den Auftrag erteilt, den unter Kohl entstandenen Reformstau aufzulösen. Unter anderem mit der Steuerreform und der Rentenreform haben wir in der letzten Legislaturperiode wichtige Reformschritte getan. Jetzt müssen wir den sozialdemokratischen Reformkurs intensivieren und beschleunigen. Es ist notwendig, verstärkt den Zusammenhang dieser Reformen zu unseren Grundwerten und Zielen zu vermitteln.

Der weiterhin dringende Reformbedarf ergibt sich insbesondere aus der derzeitigen ökonomischen Lage, die von einer schwachen Weltkonjunktur und einer besonderen Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft sowie von steigender Arbeitslosigkeit geprägt ist. Daraus resultieren erhebliche Probleme, die sozialen Sicherungssysteme und die staatlichen Aufgaben zu finanzieren. Zudem stehen wir sowohl vor strukturellen Problemen in der deutschen Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt sowie vor der fortdauernden Aufgabe, durch eine gewaltige nationale Kraftanstrengung auch in sozialer und ökonomischer Hinsicht zum Gelingen der deutschen Einheit beizutragen. Darüber hinaus stellt die demographische Entwicklung mittel- bis langfristig die Leistungsfähigkeit der heutigen Sozialversicherungssysteme in Frage.

Deutschland ist heute in besonderem Maße von der weltweiten ökonomischen Verunsicherung betroffen. Bedrohungen durch Terrorismus und Krieg, der Absturz der Aktienkurse, der Niedergang der *new economy* sowie die Gefahr einer fortdauernden Beschäftigungs- und Wachstumskrise verunsichern Menschen und Unternehmen. Daraus resultieren Kaufzurückhaltung und zu schwache Investitionen. Es ist unsere erste und wich-

tigste Aufgabe, für neues Vertrauen zu sorgen. Dafür brauchen wir einen klaren und berechenbaren Reformkurs. Wir müssen klar machen, dass ein harter Weg vor uns liegt, der aber gemeinsam zu schaffen ist und bei dem wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür sorgen werden, dass niemand zurück bleibt und die Lasten gerecht verteilt werden.

Unsere Volkswirtschaft hat heute nicht so sehr Probleme mit der Exportfähigkeit ihrer Produkte, vielmehr hat sie massive Probleme bei Binnennachfrage und Investitionen. Die deutsche Wachstumsschwäche der vergangenen zehn Jahre und die hohe Beschäftigungsschwelle des deutschen Wachstums sind allerdings kein unabänderliches Schicksal.

Ein entscheidendes Hindernis für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze in Deutschland besteht bislang in den hohen Kosten des Faktors Arbeit, nämlich in den hohen Lohnnebenkosten. Sie haben dazu geführt, dass gerade in Sektoren mit niedrigerer Produktivität immer mehr Erwerbsarbeit verloren geht – was wiederum die Binnennachfrage weiter in Mitleidenschaft zieht.

Insbesondere lokalen und mittelständischen Branchen wie dem Einzelhandel, dem Handwerk sowie allen Arten von Dienstleistungsunternehmen machen dabei nicht so sehr hohe Steuern zu schaffen als vielmehr die Belastung der Arbeit mit hohen Abgaben. Es ist heute neben der schwachen Weltkonjunktur ganz wesentlich diese Last, die verhindert, dass in Deutschland eine Dynamik von neuen Arbeitsplätzen, neuer Nachfrage, neuem Wachstum und – wiederum – weiteren Arbeitsplätzen in Gang kommen kann. So verharrt das Wachstum chronisch unterhalb jener Schwelle, an der es überhaupt erst beginnen würde, beschäftigungsfördernd zu

wirken. Die Beschäftigungsschwelle ist in Deutschland im internationalen Vergleich besonders hoch, die Zahl der Selbstständigen ist dagegen relativ niedrig. Notwendig ist also eine Politik, die gleichzeitig zu mehr Wirtschaftswachstum, einer Reduzierung der Lohnnebenkosten, mehr unternehmerischer Selbstständigkeit sowie zur Senkung der Beschäftigungsschwelle beiträgt. Behindert werden gerade die potentiell beschäftigungsintensivsten Branchen durch ein Übermaß an staatlicher Regulierung. Zudem verringert sich die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung auch durch Zugangsschranken zur Selbstständigkeit, beispielsweise durch eine zu starre Handwerksordnung und aufwändige Genehmigungsverfahren.

Der strukturelle Teufelskreis aus Wachstumsschwäche und hoher Erwerbslosigkeit zwingt den Staat zu hohen (und weiter wachsenden) konsumptiven Ausgaben – bei gleichzeitiger Gefahr der Vernachlässigung zukunftssträchtiger investiver Aufwendungen für Bildung, Forschung und öffentliche Infrastruktur. Aber genau diese Investitionen in die bestmögliche Bildung einer größtmöglichen Zahl von Menschen benötigen wir dringend, um unsere Volkswirtschaft in Richtung Wissensökonomie zu modernisieren.

Hinzu kommt die demographische Entwicklung. Durch die Alterung unserer Gesellschaft wird sich das Verhältnis zwischen den Beitragszahlern einerseits und der Rentnergeneration andererseits in den nächsten Jahrzehnten dramatisch verändern. Deshalb stellt sich die Frage, wie unsere Sozialversicherungssysteme künftig nachhaltig finanziert werden können. Die deutsche Gesellschaft kann es sich auch deshalb in Zukunft immer weniger leisten, dass qualifizierte, arbeitsfähige und -bereite Menschen gleich welchen Alters und Geschlechts aus dem Erwerbsprozess ausgeschlossen werden.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der derzeitige Ausschluss viel zu vieler Menschen aus dem Erwerbsleben

nicht hinnehmbar. Arbeitslosigkeit bringt Millionen von Menschen Tag für Tag um ökonomische wie um gesellschaftliche Teilhabe, um sozialen Status, um Zugehörigkeit und Selbstwertgefühl – und damit sehr handfest um Lebenschancen. Aus sozialdemokratischer Sicht ist dieser Zustand in ganz fundamentaler Weise sozial ungerecht. Wir werden in Zukunft noch intensiver daran arbeiten müssen, ihn zu beenden. Deshalb brauchen wir einen konsequenten Reformkurs für mehr Wachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit. Dabei werden wir nicht daran vorbeikommen, auch ungewohnte und unbequeme Wege einzuschlagen, wenn sie unserem Ziel dienen. >>

III. UNSER REFORMKONZEPT: WACHSTUMSKRÄFTE STÄRKEN – NEUE BESCHÄFTIGUNGSZUGÄNGE ERÖFFNEN – SOZIALSYSTEME ERNEUERN

Die deutsche Sozialdemokratie muss sich den beschriebenen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit konsequent stellen. Unsere zentralen Aufgaben bestehen darin, die Arbeitslosigkeit kräftig zu senken und die sozialen Sicherungen dauerhaft zu stabilisieren. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir vor allem die Wachstumskräfte unserer Wirtschaft stärken, Beschäftigungszugänge für alle Erwerbsfähigen eröffnen sowie die Sozialsysteme erneuern und zukunftsfähig machen. Erforderlich ist ein reformpolitisches Gesamtkonzept, das die folgenden Bereiche umfasst:

1. Finanzpolitik an Wachstum und Nachhaltigkeit ausrichten

Unsere politische Priorität in der Finanzpolitik besteht darin, die Bedingungen für stärkeres Wirtschaftswachstum zu schaffen und gleichzeitig durch eine nachhaltige Haushaltspolitik Spielräume für zukünftige Investitionen zu ermöglichen.

Wir wollen am begonnenen Kurs der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte festhalten, der inzwischen ein wichtiges Markenzeichen sozialdemokratischer Politik geworden ist. Nachhaltige Haushaltskonsolidierung ist notwendig, um mittel- bis langfristig ein handlungsfähiges Gemeinwesen zu erhalten sowie die Chancen und Lasten fair zwischen den Generationen zu verteilen. Daher lehnen wir kreditfinanzierte Konjunkturprogramme ab, die lediglich einen Stroheffekt entwickeln würden. Vertretbar ist allerdings ein vorübergehendes Strecken der geplanten Reduzierung der Neuverschuldung, um die Konjunkturkräfte nicht durch prozyklische Sparpolitik zusätzlich zu belasten. Angesichts der derzeitigen weltpolitischen, weltwirtschaftlichen und binnenkonjunkturellen Ausnahmesituation

sind hierbei die bestehenden Spielräume des Europäischen Wachstums- und Stabilitätspaktes in enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnern voll zu nutzen. Diese Streckung ist aber nur dann hinnehmbar, wenn gleichzeitig die notwendigen Strukturreformen konsequent verfolgt werden und erkennbar bleibt, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht aufgegeben wird. Nur so wird die Europäische Zentralbank in die Lage versetzt, durch dauerhaft niedrige Zinsen zusätzlich notwendige Wachstumsimpulse zu geben.

Mit der Steuerreform haben wir in der letzten Legislaturperiode bereits wichtige Steuererleichterungen für Unternehmen, Familien und Beschäftigte verwirklicht. Durch die beiden nächsten bereits beschlossenen Stufen der Steuerreform werden vor allem Privathaushalte deutlich entlastet und damit die Wachstumskräfte der Wirtschaft nachhaltig gestärkt. Zugleich müssen wir die staatlichen Zukunftsinvestitionen auf hohem Niveau fortsetzen, besonders im Bereich der Infrastruktur. Die Ausgaben für die Zukunftsbereiche Forschung und Bildung sind weiter zu steigern.

Um die Binnennachfrage in Deutschland zu erhöhen und mehr Aufträge an mittelständische Unternehmen zu ermöglichen, müssen wir dringend die Finanz- und Investitionskraft der Kommunen stärken. Ziel muss es sein, die Gemeindefinanzreform wie geplant am 1.1.2004 in Kraft treten zu lassen. Dabei wird es zum einen darum gehen, die Einnahmehöhe der Kommunen zu verstetigen und sie konjunkturunabhängiger zu machen. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, dass nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe den Kommunen insgesamt mehr Spielraum für Investitionen zur Verfügung steht. Daraus resultierende Einnahmeausfälle des Bundes werden nur zu verkraften sein,

wenn es parallel gelingt, konsumtive Ausgaben des Staates und Subventionen zu senken. Neben dem Bund sind hier auch die Länder gefordert, über den Bundesrat einen eigenen Beitrag zur Umsetzung der genannten Ziele zu leisten.

Eine Voraussetzung für Investitionen und damit für mehr Beschäftigung ist es, dass den Betrieben Kapital und liquide Mittel zur Verfügung stehen. Der Finanzmarkt als Schlüssel-sektor der volkswirtschaftlichen Entwicklung verdient daher besondere Beachtung. Welche katastrophalen Folgen ein gelähmter Finanz-sektor haben kann, ist seit nunmehr über einem Jahrzehnt in Japan zu besichtigen. Die begonnene Politik der kontrollierten Deregulierung des Kapitalmarktes sollten wir daher mit Augenmaß fortsetzen.

Damit weitere Wachstumskräfte stimuliert werden können, müssen begonnene Markt-öffnungs- und Wettbewerbsprozesse (beispielsweise in den Bereichen Strom, Gas, Telekommunikation, Bahn und Post) entschlossen fortgeführt werden.

Eine besondere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands kommt dem weiteren Aufbau der neuen Bundesländer zu. Nur wenn es gelingt, im Osten der Republik ein dauerhaftes und dynamisches Wachstum zu generieren, wird Deutschland insgesamt vorankommen. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern dramatisch höher als in den alten. Hier gilt es, die mit dem Programm „Aufbau Ost“ zur Verfügung gestellten Mittel effektiv und dauerhaft strukturbildend einzusetzen. Aufgrund des weitgehenden Mangels an großen Unternehmen sind in Ostdeutschland Industrie und Forschung in weiten Bereichen entkoppelt. Eine deutliche Steigerung des Forschungs-etats für Ostdeutschland hat deshalb Priorität. Der von den Ostdeutschen geleistete Anpassungs- und Modernisierungsprozess erforderte einen hohen Grad an Flexibilität, der bei den jetzt bevorstehenden Reformprozessen für ganz Deutschland beispielhaft sein kann.

Der Nachholbedarf an Investitionen erfordert allerdings weiterhin Flexibilität bei der Lohnfindung. Dabei darf Ostdeutschland dauerhaft kein flächendeckendes Niedriglohn-gebiet bleiben. Dies würde nur zu einer weiterhin verschärften Abwanderung qualifizierter Fachkräfte führen. Die schrittweise Angleichung der Löhne auf Westniveau muss deshalb mit der steigenden Produktivität einhergehen.

2. Arbeitsmarkt reformieren – Mittelstand stärken

Besonderer Reformbedarf in Deutschland besteht auf dem Arbeitsmarkt, der bisher durch Überregulierungen und Unbeweglichkeit gekennzeichnet war. Wir brauchen hier eine neue Dynamik hin zu mehr Beschäftigungswirkung. Wir haben die größte Reform des Arbeitsmarktes eingeleitet, die es je in Deutschland gegeben hat. Diesen Weg müssen wir zielgerichtet fortsetzen.

Wir müssen den wirtschaftlichen Mittelstand als wichtigsten Sektor für Ausbildung und Beschäftigung stärken. Hierzu gehört beispielsweise, den Zugang von kleineren und mittleren Unternehmen zu Kapital zu sichern und zu erleichtern, Bürokratie abzubauen, Existenzgründungen zu fördern sowie Zugangsschranken, etwa zum Handwerk, zu lockern.

Wir unterstützen deshalb nachdrücklich die Mittelstandsoffensive des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit. Vor allem die Gründung der Mittelstandsbank ist geeignet, Existenzgründern sowie kleinen und mittleren Unternehmen bei ihrer Kapitalausstattung zu helfen. Der „Masterplan Bürokratieabbau“ verfolgt aus guten Gründen das Ziel, überflüssige bürokratische Belastungen der Wirtschaft zu beseitigen.

Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen sind auf das schnelle und effektive Arbeiten der öffentlichen Verwaltung sowie auf möglichst einfache Rechtsvorschriften dringend angewiesen. Durch Übernormierung

gen bei verwaltungsrechtlichen Genehmigungsverfahren werden allzu oft notwendige Investitionen blockiert oder verzögert. Daher müssen vor allem im Bau- und Planungsrecht Gesetze, Verordnungen und der Verwaltungsvollzug reformiert werden.

Das Arbeits- und Gewerbeamt müssen wir systematisch nach unverhältnismäßigen Standards durchforsten und auf diese Weise Hürden für den Markteinstieg beseitigen.

Ein angemessener Kündigungsschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist für uns eine unverzichtbare Errungenschaft. Deshalb wird es mit uns keine Gesellschaft nach dem Prinzip des *hire and fire* geben. Eine Rückkehr zum verminderten Kündigungsschutz wie unter Kohl lehnen wir ab. Unter Wahrung dieses Grundsatzes werden wir jedoch prüfen, wo durch Bestimmungen im Arbeitsrecht zusätzliche Beschäftigung verhindert und die Leistungskraft der Betriebe unangemessen eingeschränkt werden. In diesem Sinne stehen wir neuen gesetzlichen Regelungen bei betriebsbedingten Kündigungen in Bezug auf Sozialauswahl und bei Abfindungen positiv gegenüber, wenn sie einen Beitrag zu mehr Beschäftigung und zur Entlastung der Arbeitsgerichtsbarkeit leisten.

Zugleich wollen wir die Tarifvertragsparteien und Betriebe ermutigen, die bestehenden Möglichkeiten der Tarifverträge zur Flexibilisierung im Hinblick auf die unterschiedliche Ertragskraft der Unternehmen voll zu nutzen und im Sinne von mehr Beschäftigung zu erweitern.

Nicht nur staatliche Bürokratien erstarren zuweilen. Auch von der Wirtschaft gebildete Strukturen lähmen diese nicht selten selbst. Unter diesem Gesichtspunkt müssen Zugangsschranken überprüft werden. Dies gilt für Teile der Handwerksordnung sowie für die Zwangsmitgliedschaft in Berufsverbänden, in Industrie- und Handwerkskammern genauso wie für die eine oder andere Gebührenordnung einzelner freier Berufe.

3. Sozialsysteme dauerhaft stabilisieren – Lohnnebenkosten senken

Zu den zentralen Anliegen sozialdemokratischer Politik gehört es, soziale Sicherheit für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Hierbei ist nicht die Bewahrung einzelner Instrumente des Sozialstaats Leitlinie unserer Politik, sondern die fortgesetzte Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit. Damit dies unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts in Deutschland gelingen kann, müssen wir alt hergebrachte sozialstaatliche Mittel, Institutionen und Verfahren auf ihre Zukunftstauglichkeit überprüfen und, wo nötig, erneuern.

Wir wollen gesellschaftliche Teilhabe, Eigenverantwortung und individuelle Selbstbestimmung. Der Nutzwert sozialdemokratischer Politik bemisst sich nicht zuletzt daran, ob sie Lebenschancen *ermöglicht*. Deshalb müssen wir auf dem Weg vom bewahrenden und verwahrenden Sozialstaat zum aktivierenden Sozialstaat entscheidend vorankommen.

Sozial gerecht ist, was dazu beiträgt, dass Menschen ihr eigenes Leben aus eigener Kraft in die eigenen Hände nehmen können. Es bleibt dabei: Wer unverschuldet in Not gerät, hat Anspruch auf die Solidarität der Gemeinschaft. Allerdings muss grundsätzlich gelten: Wer vorübergehend der Unterstützung bedarf, muss rasch in ein eigenverantwortliches Leben zurückfinden können.

Das Motto „Fördern und Fordern“ heißt für uns, dass keine Rechte ohne Pflichten gewährt werden können – es heißt aber zugleich, dass mit Pflichten immer auch Rechte für den Einzelnen verbunden sein müssen.

In diesem Sinne werden wir Arbeits- und Sozialverwaltung zusammenführen. Dabei sollen Beratung, Bewilligung und Kontrolle von Sozialleistungen, Qualifizierungsangebote und Arbeitsvermittlung aus einer Hand erfolgen.

Ein entscheidender Faktor sowohl hinsichtlich der Akzeptanz des Sozialstaates in der

Gesellschaft als auch für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge, die als Lohnnebenkosten den Faktor Arbeit in Deutschland verteuern. Die Senkung der Lohnnebenkosten setzt grundlegende Reformen der sozialen Sicherungssysteme voraus, durch die diese dauerhaft zukunftsfest gemacht und der demographischen Entwicklung angepasst werden.

Im Bereich der Rente haben wir in der vergangenen Legislaturperiode durch die Einführung einer kapitalgedeckten und steuerbegünstigten Säule der Alterssicherung einen entscheidenden Schritt getan. Jetzt kommt es darauf an, die betriebliche und private Altersvorsorge neben der gesetzlichen Rente als eine der tragenden Säulen der Alterssicherung zu etablieren. Dabei müssen wir überprüfen, ob von dieser neuen Möglichkeit in ausreichendem Maße Gebrauch gemacht wird. Wenn gerade diejenigen diese Möglichkeit nicht wahrnehmen, die im Alter aufgrund ihrer absehbar niedrigen gesetzlichen Rente auf eine zusätzliche Absicherung angewiesen sind, muss eine obligatorische Zusatzvorsorge in Betracht gezogen werden. Bei einer Nachsteuerung sind zudem existierende bürokratische Überregulierungen bei der „Riester-Rente“ abzubauen.

Ein neuer Generationenvertrag wird nur dann dauerhaft halten, wenn jede Generation einen angemessenen Beitrag leistet. Es gilt hier die richtige Balance zu finden. Zu berücksichtigen ist, dass die heutige Rentnergeneration über niedrigere Rentensteigerungen bereits an dieser Reform beteiligt ist und dass sie weitestgehend keine Gelegenheit hatte, eine staatlich geförderte Zusatzvorsorge aufzubauen. Es darf aber in keinem Fall zu einer Überforderung der heute aktiv im Erwerbsleben stehenden Generation kommen.

Das tatsächliche durchschnittliche Renteneintrittsalter muss deutlich steigen. Der fatale Trend, Beschäftigungsabbau zu Lasten der Rentenversicherung zu betreiben, muss endgültig gebrochen werden.

Größerer und besonders dringender Reformbedarf besteht im Gesundheitswesen. Entscheidende Bestandteile dieser Reform sind mehr Wettbewerb, Kosteneffizienz, Qualitätsorientierung und Transparenz. Ziel muss es sein, die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung noch im nächsten Jahr zu senken sowie dauerhaft zu stabilisieren. Hierbei müssen vordringlich die bestehenden Kostenreserven im System, die mit keinem spürbaren Nutzen verbunden sind, konsequent erschlossen werden. Reformbedarf besteht aber auch auf der Einnahmeseite. Für die medizinisch notwendige Krankenbehandlung wollen wir an einer solidarischen Absicherung festhalten. Aber auch eine stärkere Eigenverantwortung des Patienten ist, wo vertretbar und notwendig, kein Tabu. Eigenbeteiligung muss sich allerdings strikt an den individuellen Möglichkeiten ausrichten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden dafür sorgen, dass sie nicht zur Überforderung von Menschen mit niedrigem Einkommen umschlägt.

Insgesamt muss die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auf eine breitere und damit solidarische Grundlage gestellt werden. Neben dem Erwerbseinkommen der Arbeitnehmer sollten zusätzliche Einkommensarten und bislang nicht beteiligte Berufsgruppen wie Beamte, Abgeordnete, Selbstständige und Freiberufler einbezogen werden.

Zudem müssen die Sozialversicherungen von der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen entlastet werden, deren Ursachen außerhalb der Solidargemeinschaft selbst liegen. Die Folgen des demographischen Wandels, der Veränderungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt und beim medizinischen Fortschritt allein über die Erwerbseinkommen der Arbeiter und Angestellten zu finanzieren, ist nicht nur sozial ungerecht – es wird auch nicht mehr lange funktionieren. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen gesamtgesellschaftlich finanziert werden. Deshalb werden die sozialen Risiken schon heute sowohl durch

Sozialversicherungsbeiträge als auch durch Steuern und Eigenvorsorge gesichert. Dieses Verhältnis müssen wir neu ausbalancieren. Auf mittlere Sicht führt am Bekenntnis zur stärkeren Steuerfinanzierung sozialstaatlicher Leistungen kein Weg vorbei.

4. Bildungsoffensive auf allen Ebenen initiieren – Frauen den Zugang zum Erwerbsleben erleichtern – Chancengleichheit ermöglichen

Gerade im Bereich der Bildung wollen wir die Herstellung echter Chancengleichheit. Bildung und Qualifikation sind der Schlüssel für Wachstum und Wohlstand. Sie sind Voraussetzung für individuelle Lebenschancen, Beschäftigung und für die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb.

Unsere Bildungs- und Berufsbildungssysteme entsprechen jedoch in weiten Teilen weder den Bedürfnissen der Wirtschaft noch denen der Absolventen. Dabei erfordert die wissensbasierte Gesellschaft mehr denn je hochwertige Ausbildung, lebenslanges Lernen sowie Spitzenleistungen in Forschung und Entwicklung. Eine langfristig erfolgreiche Beschäftigungspolitik setzt daher die Modernisierung der Bildungs- und Ausbildungssysteme und zusätzliche Investitionen in Bildung und Qualifikation voraus.

Wir wollen eine Bildungsoffensive auf allen Ebenen initiieren, vom Kindergarten über die Schulen, die berufliche Bildung und die Universitäten bis hin zur berufsbegleitenden Weiterbildung. Sozialdemokratische Bildungspolitik muss dabei beides gewährleisten: Chancengleichheit für alle und die Förderung spezieller Begabungen.

Der Bund und die in Bildungsfragen primär zuständigen Länder müssen hierbei verstärkt zusammenarbeiten. Wir wollen die besondere Förderung und Nutzung der frühen Bildungsphase, eine Ausweitung von Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren sowie die Stärkung der vorschulischen Erziehung und

der Grundschulen. Zudem ist Schritt für Schritt ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen zu realisieren.

Die Qualität des Hochschulstudiums ist zu verbessern, und unsere deutschen Hochschulen sind stärker international auszurichten. Auch in der beruflichen Bildung besteht erheblicher Modernisierungsbedarf.

Wir wollen den Zugang von Frauen zum Erwerbsleben spürbar erleichtern und ihnen hierdurch stärkere gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Unsere Gesellschaft und unsere Volkswirtschaft können es sich nicht mehr leisten, die Qualifikationen von Frauen auszugrenzen.

Im internationalen Vergleich können Länder mit hoher Frauenerwerbsquote sowohl in ökonomischer als auch in demographischer Hinsicht regelmäßig günstigere Ergebnisse vorweisen als Deutschland. Unabhängige Voraussetzung dafür, dass mehr Frauen erwerbstätig werden können, ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Öffentliche Betreuungsangebote müssen ausgebaut, private Ergänzungsangebote gefördert werden. Die geplante Ausweitung der Ganztagsbetreuung ist hierfür ein wichtiger Schritt. Auch die Wirtschaft muss ihren Beitrag leisten, zumal sie durch die Arbeitsaufnahme qualifizierter Frauen und kürzere Elternzeiten von diesen Maßnahmen profitiert.

Durch eine Bildungsoffensive und den erleichterten Zugang von Frauen zum Erwerbsleben wird ein wichtiger Beitrag zu mehr Chancengleichheit und damit zu mehr sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft geleistet. >>

IV. UNSERE PERSPEKTIVE: SOZIALDEMOKRATISCHE REFORMPOLITIK SCHAFFT NEUES VERTRAUEN

Wir ermutigen Bundeskanzler Gerhard Schröder und die Bundesregierung, im Zusammenwirken mit der SPD-Bundestagsfraktion und der Partei ein Gesamtkonzept der sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands durchzusetzen. Die hier nur knapp angerissenen Vorhaben müssen in den Monaten bis zur Jahresmitte entschlossen und im Zusammenhang auf den Weg gebracht werden. Dies gilt besonders für die Gesundheitsreform, die Gemeindefinanzreform sowie die weiteren Reformen auf dem Arbeitsmarkt.

Dafür erwarten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beides: klare politische Führung *und* einen sowohl breiten als auch zielführenden Diskurs in unserer Partei und unserer Gesellschaft. Nur wenn die SPD dabei einen eigenen inneren Kompass hat, wenn sozialdemokratisches Regierungshandeln und die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion erkennbar im Kontext sozialdemokratischer Werte und Ziele stehen, werden wir der Gesellschaft Orientierung geben und Überzeugungskraft entwickeln können.

Unsere eigene sozialdemokratische Handschrift muss dabei erkennbar sein. Es ist immer deutlich zu machen, wofür wir unser Land reformieren: für mehr Arbeit und Gerechtigkeit. Mit einer so angelegten Reformpolitik schaffen wir neues Vertrauen in die Sozialdemokratie und in die soziale sowie wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. ■

Berlin, im März 2003.

DI E AUTOREN

Sabine Bätzing, MdB
Dr. Hans-Peter Bartels, MdB
Sören Bartol, MdB
Ute Berg, MdB
Kurt Bodewig, MdB
Hans Martin Bury, MdB
Martin Dörmann, MdB
Sebastian Edathy, MdB
Siegmund Ehrmann, MdB
Gabriele Frechen, MdB
Kerstin Griese, MdB
Michael Hartmann, MdB
Nina Hauer, MdB
Hubertus Heil, MdB
Ulrich Kelber, MdB
Astrid Klug, MdB
Nicolette Kressl, MdB
Christian Lange, MdB
Caren Marks, MdB
Gesine Multhaupt, MdB
Dr. Carola Reimann, MdB
Anton Schaaf, MdB
Carsten Schneider, MdB
Karsten Schönfeld, MdB
Swen Schulz, MdB
Dr. Martin Schwanholz, MdB
Rolf Stöckel, MdB
Andreas Weigel, MdB
Dr. Rainer Wend, MdB
Andrea Wicklein, MdB